

Protokoll:

Die Angelegenheit wurde wegen Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt 23 und Punkt 37 beraten.

Die Fraktionen Linke und Bündnis 90/Die Grünen begründen den Antrag.

Bürgermeisterin Mohrs trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0098/2019).

Die CDU-Fraktion merkt an, dass die internationale Seenotrettung bereits in zahlreichen Abkommen legitimiert sei und man in Deutschland eine umfassende Regelung hätte, die sich mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern befasst.